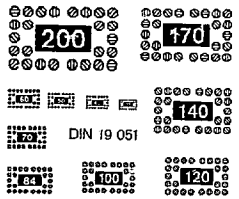

Freiheit und Recht müssen Staatsgesetz werden?

Erklärungen und Forderungen führender Sozialdemokraten in der letzten Sitzung des Vorparlaments Groß-Hessen

1946

SPITZENKANDIDAT DER LANDESLISTE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

WILHELM KNOTHE

Frankfurt am Main

Landesvorsitzender für Groß-Hessen

A 86-1529

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion gibt folgende *Erklärung* ab:

„Mit großer Sorge beobachten wir die Personalpolitik in Groß-Hessen, insbesondere in der groß-hessischen Polizei. Die gezeigte Tendenz, nur politisch „neutrale" Beamte zulassen zu wollen,

ist eine Gefahr für die werdende deutsche Demokratie.

Der Begriff der Unparteilichkeit des Beamten ist klar und feststehend, und darf nicht verwechselt werden mit dem Rechte jedes Staatsbürgers, politisch Partei zu nehmen.

Aber die sogenannte Neutralität des Beamten hat in der Republik von Weimar den reaktionärsten Kräften Gelegenheit gegeben, Machtpositionen im demokratischen Staate zu beziehen und die Demokratie von innen heraus auszuhöhlen. *Gleiche Ansätze sind heute wieder sichtbar.*

Die politische Ueberzeugung und Schulung des Beamten ist die einzige Gewähr dafür, daß der Beamte sein Amt als Staatsbürger und Staatsdiener verwaltet oder ausübt im Sinne der demokratischen Gestaltung.

Die sozialdemokratische Partei wird *mit allen erlaubten Mitteln* dafür aktiv werden, daß

1. das Unterschlüpfen reaktionärer Elemente verhindert und
2. der bewährte und politisch zuverlässige Beamte nicht zum *Staatsbürger II. Klasse* erniedrigt wird, sondern das Recht behält, außerhalb seines Amtes für seine politische Ueberzeugung tätig zu sein."

Gestatten Sie mir zu dieser Erklärung folgende *Begründung:*

Der *Neuaufbau* unseres Landes kann nach unserer Auffassung nur erfolgen *durch Kräfte, deren absolut demokratische Gesinnung keinem Zweifel unterliegt.* Demokratie kann nach unserer Auffassung nur gestaltet und geformt werden durch positive Demokraten. Die Sozialdemokratische Partei steht seit acht Jahrzehnten, seit ihrem Bestehen auf dem Boden demokratischer Gestaltung, Entwicklung und Entfaltung. Auf den Grundpfeilern der Demokratie beruht unsere politische Weltanschauung, die sozialistisch ausgerichtet ist. Wir sollten uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß das Vertrauen der Welt zu Deutschland, das voll-

kommen zerstört wurde durch die Nazis, nur zurückerobert werden kann dadurch, daß wir ein absolut demokratisches, friedlich ausgerichtetes Deutschland erstehen lassen. Dieses Vertrauen der Welt, das wir zurückgewinnen müssen, ist nach meiner Meinung einer der stärksten

Aktivposten für das Auf- und Vorwärts unseres Vaterlandes,

und ich darf wohl ohne Uebertreibung sagen, daß die Sozialdemokratische Partei, getragen von der gewaltigen demokratischen Tradition, fast *der einzige Garant* ist, man darf sagen, daß sie *der* Garant ist, der das Vertrauen zu Deutschland wieder herstellen kann.

Wir sind davon überzeugt, daß sich in Deutschland recht viele Menschen, die früher von Demokratie keine Ahnung hatten und die Demokratie ablehnten, wieder einmal, notgedrungen den Zeichen der Zeit folgend, demokratisch ausrichten. Es sind nach unserer Auffassung dieselben Leute, die 1933 ihrer nazistischen Regung folgten *und nun konjunkturgemäß wieder in Demokratie machen.* Wenn man heute in der Straßenbahn, in der Eisenbahn fährt, wenn man irgendwo steht, man findet keinen mehr, ausgenommen in der „Königspartei in Bayern", der nicht Demokrat wäre. Es gab in Deutschland im historischen Ablauf unserer Geschichte einige Gelegenheiten, da hätten alle die Leute unter Beweis stellen können, daß sie wirklich zur Demokratie stehen. Ich denke daran, daß am 23. März 1933 der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, nachdem die kommunistische Reichstagsfraktion ausgeschieden war, im Reichstag seine mutvolle Rede hielt und sich rückhaltlos für die Demokratie und die Menschenrechte einsetzte. Damals waren es nur die 94 Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, während alle anderen Parteien *für* das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Alle anderen Parteien hatten den Boden der Demokratie verlassen, alle anderen Parteien haben dadurch den Boden der geistigen Meinungsfreiheit, den Boden der Menschenrechte verlassen. Das ist *im historischen Ablauf der deutschen Geschichte ein markanter Tag.*

Nun bin ich der Auffassung, wir müssen uns in der Politik, in der Wirtschaft und im gesamten öffentlichen Leben demokratisch ausrichten, und so erscheint es uns Sozialdemokraten notwendig, die *Fundamente zu überprüfen,* auf denen das demokratische deutsche Haus der Zukunft errichtet werden soll. Diese *Fundamente sind zu leicht.* Sie sind deshalb nicht stark ausgebaut, weil nach unserer Auffassung Mittel zur Aufrichtung dieser Fundamente verwendet werden, die oft sehr fehl am Platze

sind. Das zeigt sich in der *Personalpolitik* des Staates, vornehmlich in der Personalpolitik, wie sie in der Polizei betrieben wird. Wir verfolgen seit Wochen mit großem Interesse, aber auch mit großer Sorge die Entwicklung, wie sie sich z. B. in der *Frankfurter Polizei* unter Führung des Polizeipräsidenten *Dr. Siegert* abwickelt. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß man dort dazu übergegangen ist, *zu entdemokratisieren und zu militarisieren.* Dort sind hervorragende Demokraten, nach unserer Auffassung nur deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, von ihrem Amt suspendiert worden. Ein anderer Teil von Sozialdemokraten ist quasi strafversetzt worden. Sozialdemokratische Polizeihauptleute, die früher im Frankfurter Polizeipräsidium stationiert waren und dort tätig sein konnten, sind in Reviere versetzt worden, und *wer ist an die Stelle dieser positiv ausgerichteten Demokraten gekommen?* Man hat andere Leute an ihre Stelle berufen, Leute, die alle bestimmt einen weißen Fragebogen haben. Ich bin davon überzeugt, daß sämtliche früheren Rechtskreise bis zu den Deutschnationalen, soweit sie nicht Mitglied in der NSDAP und dort aktiv tätig gewesen sind, heute weiße Fragebogen besitzen, und Leute solcher Art werden heute zum Teil auf Grund dieses weißen Fragebogens in die Verwaltungen und in den Polizeikörper eingegliedert. An die Stelle des sozialdemokratischen Polizeikommandanten ist ein Major gekommen, an die Stelle von sozialdemokratischen Polizeibeamten sind *höhere Militärs* gekommen. Ich erkläre, daß wir der Auffassung sind, daß es in der Tat ein Großteil von Offizieren gibt, die demokratisch ausgerichtet sind, wir wissen aber auch, daß erhebliche Teile von Offizieren alles andere, nur nicht demokratisch ausgerichtet sind.

Es kommt uns, meine Damen und Herren, wahrhaftig nicht darauf an, daß die Polizei in Frankfurt nun, wenn ein Vorgesetzter kommt, eine stramme Haltung einnimmt, sondern es kommt uns darauf an, *daß die Polizei in Frankfurt stramm demokratisch ausgerichtet ist.* Ich will dabei auch die *Methodik* nicht unerwähnt lassen, die man anwandte, um hervorragende Antifaschisten, die gelitten haben, aus ihrem Amt zu entfernen. Ein *Spitzelsystem* wurde angewandt, um diese Leute zu Fall zu bringen. Wir Sozialdemokraten sind deshalb der Auffassung, daß wir damit Schluß machen müssen, und wir wollen es auch ganz offen der amerikanischen Militärregierung sagen, daß wir große Sorge um eine solche Personalpolitik haben. Unter dem demokratischen Gewand dieser neutralen Beamten, die sich nun auf den Boden der Demokratie begeben haben, schlägt *ein reaktionäres Herz.* Wir Sozialdemokraten gehen aus von den Erkenntnissen von *Weimar.* Während der Zeit von Weimar

herrschte eine weitgehende Toleranz, die wir nicht mehr angewendet wissen möchten. Während der Weimarer Zeit ist es vorgekommen, daß kaiserliche Beamte innerhalb der Republik tätig sein konnten. Ein großer Teil dieser Beamten ist nachher zum Verräter an der Republik von Weimar geworden, und deshalb denken wir nicht daran, am Anfang unseres neuen Staatslebens wieder eine solche Politik der Toleranz zu betreiben. *Während auf der einen Seite in Frankfurt hervorragende Demokraten nach unserer Auffassung deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, aus den wichtigen Stellen innerhalb des Polizeikörpers ausgeschieden und strafversetzt werden, erleben wir auf der anderen Seite, daß in Wiesbaden noch Leute sitzen, die keine weiße Weste haben.* Dort sitzen noch Leute in hervorragenden Polizeistellen, von denen wir wissen, daß sie damals gegen Minister *Leuschner* intrigiert haben. Nicht nur von *Wiesbaden* bin ich davon unterrichtet — ich habe die Schriftstücke im Besitz —, auch in *Kassel* sitzen höchste Polizeibeamte, die nach unserer Ueberzeugung nicht dahin gehören, und zwar deshalb nicht, weil sie politisch über keine weiße Weste verfügen.

Wie es mit der Polizei aussieht, dafür zwei kleine Beispiele. Da wurde mir berichtet, daß im Landkreis *Offenbach* des öfteren frühere Nazisten Veranstaltungen resp. Sammlungen stattfinden lassen. Der Landrat wurde angegangen, dagegen Stellung zu nehmen und einzuschreiten, aber der Landrat hat erklärt, das sei ihm deshalb unmöglich, *weil er sich auf seine Polizeikräfte nicht verlassen könne.* (Hört! Hört!)

Ein anderer Fall, der die

Grenzpolizei

betrifft. Ein Polizeibeamter benimmt sich ganz unmöglich. Ein Demokrat erklärt diesem Polizeibeamten, daß es so, wie er es tue, heute nicht mehr ginge, wir lebten doch im Zeitalter der Demokratie. Dieser Beamte hat wörtlich gesagt: *„Ja, ja, diese Demokratie kann mir schon gestohlen bleiben. Hören Sie nur damit auf und sind Sie endlich ruhig, sonst verhafte ich Sie."*

Meine Damen und Herren! Dies sind nur zwei kleine Beispiele. Sie sollen beweisen, wie es nicht gemacht werden soll, sie sollen aufzeigen, daß wir alles daransetzen müssen, um *eine Personalpolitik* auf der ganzen Linie zu betreiben, *zu der wir Vertrauen haben können,* und wir können zu einer Personalpolitik kein Vertrauen haben, wenn wir nicht wissen, daß die Leute, die in den Stellen sitzen, wirklich positiv ausgerichtete Demokraten sind. Wenn die Personalpolitik so fortgeführt wird, wenn es

in diesem Sektor keine Aenderung gibt, dann wollen wir ganz klar zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratische Partei einer solchen Politik nicht zu folgen vermag, und die Sozialdemokratische Partei muß dann unter Umständen die notwendigen Konsequenzen ziehen, *weil wir,* wie bereits betont, *aus den Erkenntnissen von Weimar unsere Lehre gezogen haben.* Wir denken nicht daran, uns für eine Politik stark zu machen und verantwortlich für eine Politik zu sein, für die wir uns nicht verantwortlich betrachten können. *Allgemein darf ich sagen, wir denken nicht mehr daran, so koalitionsbereit zu sein, wie das durch die Verhältnisse bis 1933 bedingt gewesen ist.* Die Sozialdemokratische Partei als die positive, grundsätzliche Trägerin des demokratischen Gedankens, manifestierte ihren Willen auf dem sozialdemokratischen Parteitag in *Hannover,* in dem der anerkannte Führer der Sozialdemokratischen Partei, *Dr. Schumacher,* zum Ausdruck brachte, daß

Sozialismus eine Gegenwartsaufgabe

bedeute. Ich weiß, daß durch diese Manifestation ein starker Gegensatz zwischen uns und den bürgerlichen Parteien im allgemeinen zu verzeichnen ist. Ich bringe deshalb zum Ausdruck, daß wir der Auffassung sind, daß uns die bürgerlichen Parteien sehr kritisch gegenüberstehen, und wir stellen die Frage:

Wo stehen politisch die Männer, die früher den rechten Flügel der Deutschen Volkspartei ausmachten, wo stehen die großen Kreise der reaktionären Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen?

Diese Kreise stehen nicht in der Sozialdemokratischen Partei. Diese Kreise, von denen wir glauben, daß sie die alte Konzeption wieder in Anwendung bringen möchten, vor allem auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Sektors, diese Kreise haben doch irgendwo Unterschlupf gefunden. Ich bin überzeugt, wenn es in *Preußen* möglich wäre, würde es auch in Preußen wie in *Bayern* eine *Königspartei* geben; aus der alten Rumpelkammer vergangener Zeiten holte man wieder Figuren und Personen hervor, für die es besser wäre, wenn sie nicht wieder erschienen. Wenn auch die Königspartei verboten worden ist, der Geist dieser Partei ist noch vorhanden, und es sind doch Kreise der *Christlich-Demokratischen Union* in Bayern, die bei ihrer Geburt behilflich gewesen sind.

(Zuruf des Herrn Ministerpräsidenten: „Das würde gar nicht erlaubt werden.")

Das weiß ich, Herr Ministerpräsident, das kommt gar nicht darauf an, aber es kommt darauf an, *daß die Reaktion sich in Deutschland wieder bemerkbar macht.* Diese Leute sind aber vorhanden, und ich kann mich oft des Gedankens nicht erwehren, daß der *rechte Flügel der CDU* sehr stark durchsetzt ist mit diesen politischen Kräften der Rechtsparteien.

Meine Damen und Herren! *Unter neuen Firmenschildern erkennt man sehr häufig alte Bekannte von früher,* und, so glaube ich, ist es auch mit der CDU. Wir wissen, was wir von der CDU zu halten haben, wir wissen aber auch, daß ihr rechter Flügel die *Bergpredigt* nur als Schirm für ihre privatkapitalistischen Tendenzen benützt. Das Prädikat „christlich", die Bergpredigt, ist für sie bei Gott nicht das Entscheidende, denn das Ethos der Bergpredigt sollte sich verbinden mit der sozialistischen Weltanschauung. *Aber es geht darum: Wie kann man wieder unter Anwendung alter Normen zum Zuge kommen?* Aber gestatten Sie mir, zu sagen: wir denken nicht daran, ihnen zu folgen, sondern wir werden vor allem den auf dem Gebiet des Wirtschaftssektors zum Ausdruck kommenden reaktionären Erscheinungen den stärksten Kampf ansagen. Wenn die Manifestation des sozialdemokratischen Parteitages für uns Geltung hat, dann kann die neue deutsche Demokratie nur geführt und geleitet werden von Frauen und Männern mit neuem Geist, durch einen neuen Willen, und das kann die CDU nicht. Der *rechte Flügel der CDU ist pravitkapitalistisch* ausgerichtet, der rechte Flügel der CDU möchte die Monopolisierung der deutschen Wirtschaft herbeiführen. (Widerspruch des Abg. Graf Matuschka.) Sehr geehrter Herr Graf! Ich bin persönlich davon überzeugt, daß Sie nicht dieser Meinung sind, es ist aber so, wie ich eben gesagt habe. Der rechte Flügel der CDU will die Monopolisierung der deutschen Wirtschaft, das ist der Wille der Monopolisten, der Industriekapitäne, die in Ihrer Partei Unterschlupf gefunden haben. Der rechte Flügel der CDU ist nicht der Flügel, der die Bergpredigt für sich in Anspruch nehmen kann. (Beifall.) *Alles, was christlich ist,* meine Damen und Herren, ***muß gegen die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen sein.*** **Jahrzehntelang bestand die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen. Die nächste Zukunft wird es erweisen, ob Sie den sozialistischen Kurs einschlagen oder den privatwirtschaftlichen.**

Sie wissen ganz genau, daß wir Sozialdemokraten auf dem Boden einer planvollen *Lenkung der Wirtschaft,* ausgerichtet auf den Staat, stehen, Sie wissen ganz genau, daß wir Sozialdemokraten uns jedem Gewinnstreben entgegenstellen, daß wir Sozialdemokraten rücksichtslosen Kampf ansagen denjenigen, die aus der deutschen Trümmerstätte

noch Gewinne erzielen wollen. Ich bin der Meinung, wenn Sie das Prädikat *„christlich"* für sich in Anspruch nehmen, dann ist das nicht richtig. Wir können, wenn Sie wollen, den Kampf aufnehmen, er wird aber *Formen* annehmen, *die für die Entwicklung unseres Landes und des kommenden deutschen Vaterlandes unangenehm wären.* (Sehr richtig!) Wenn die Entwicklung, wie Sie sie in den Versammlungen draußen vorangetragen haben, bleibt, dann können durch Ihre politischen Aspekte Möglichkeiten entstehen, daß Hunderttausende, ja Millionen Menschen aus der Kirche austreten. Das wollen wir nicht, wir wollen etwas anderes. Wir Sozialdemokraten werden versuchen, unseren Einfluß auch auf die Kirchen und in der Kirche zur Geltung zu bringen. In der Sozialdemokratischen Partei sind nicht nur Freidenker, erhebliche Teile sind Katholiken, sind Protestanten. Die Unterschiedsmerkmale *„marxistischer Sozialismus"* und *„christlicher Sozialismus"* bestehen heute nicht mehr infolge der Aenderung der ökonomischen Grundlagen, infolge der Notlage des deutschen Volkes. Wir wissen, daß der deutsche Mensch kulturell auf eine gewisse Höhe geführt wird, wenn die ökonomische Grundlage eine andere ist, wenn der Mensch nicht mehr ausgebeutet wird, sondern wenn die *soziale Gleichstellung aller Menschen* erfolgt ist. Deshalb darf ich Ihnen sagen, daß das Prädikat „christlich" nicht das Prädikat einer Partei sein darf und kann.

Wir verbitten uns mit aller Entschiedenheit, daß die Geistlichen die Kanzel benutzen, um dort ungestört Politik zu treiben.

Wir werden dann andere Maßnahmen ergreifen. Der Geistliche wird nicht als Politiker, als Parteisekretär besoldet, sondern er wird besoldet als Seelsorger für die Gemeinde, als der, um den in der Glaubensgemeinschaft sich die Gläubigen scharen. Wir können in Deutschland alles andere, *nur keinen Kulturkampf* gebrauchen. Wenn aber ein Kampf im Lande Groß-Hessen entbrennt, so fürchten wir ihn nicht, wir werden ihn ausfechten bis zur letzten Konsequenz.

Wir sind nicht mehr die Sozialdemokratische Partei von 1933.

Wir möchten nicht, daß der Kampf auf einer Plattform geführt wird, deren Sie, meine Damen und Herren, sich draußen in den Versammlungen schämen müssen. Wenn Sie sich zum positiven Christentum bekennen, dann sind Sie *ethische Sozialisten,* dann können Sie nicht anders als

Bibliothek

mit uns Sozialisten gemeinsam gegen ein wieder aufkommendes Ausbeutungssystem kämpfen. Sie müssen dann für unsere Konzeption sein, daß die Sozialisierung der Bergwerke, der Versicherungsgesellschaften, der Großbanken vorgenommen wird. Sie können sich dann um dieses Problem nicht mehr herumdrücken. Sie werden lernen müssen, daß nicht der Großbesitz und der Ausbeuter zu verteidigen sind, sondern

der Klein- und Mittelbesitz geschützt und unterstützt werden muß.

(Zwischenruf des Abg. Grafen Matuschka: „Das steht ja in unserem Programm drin.")

Es kommt nicht aufs Programm, *es kommt allein auf die Praxis an,* und *wir müssen warnen.*

Zum Schluß noch folgendes: Wir brauchen, wenn Deutschland leben soll, endlich die

wirtschaftliche Ausrichtung der Zonen.

Die vereinten Nationen sollten erkennen, daß es so nicht mehr weitergeht. Man sollte erkennen, daß nur durch Oeffnung der Zonengrenzen ein allgemeiner Warenaustausch innerhalb des deutschen Gebietes möglich ist. Wir brauchen die Oeffnung der Zonengrenzen zur Ankurbelung der Wirtschaft im rhein-mainischen Gebiet, wo wir wohnen, wir brauchen die Ankurbelung, damit die Arbeitskräfte tätig sein können, damit wir *Werte herstellen, um dadurch unsere Ernährung zu sichern.* Es muß auch endlich aufhören mit der *sinnlosen Demontage* unserer Werke. Die vereinten Nationen müßten von dem Gedanken beseelt sein, sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß es nicht mehr so weitergehen kann, daß man deutsche Betriebe weiter abmontiert und dadurch die deutsche Wirtschaftskraft zerschlägt, die notwendig ist, wenn die deutsche Demokratie sich erholen und wieder aufbauen soll.

Abschließend will ich sagen: Wir Sozialdemokraten richten uns aus nach einer vollkommen neuen Konzeption. Deutschland kann nicht mehr gestaltet werden nach den Gewalten bis 1933 und nach den Erscheinungen bis 1945. Deutschland muß sich vollkommen demokratisch ausrichten, und dafür ist einzig und allein der beste Garant auf Grund ihrer demokratischen Tradition die Sozialdemokratische Partei.

(Lebhafter Beifall)

Abgeordneter Zinnkann (SPD) erklärt:

Die Ausführungen des Abgeordneten Schwarzhaupt (LPD) veranlassen mich, für die Sozialdemokratische Fraktion noch einmal das Wort zu ergreifen. Wenn er meint, daß die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Stadium der politischen Entwicklung eine große ehrenvolle Verantwortung trägt, so erkennen wir die Achtung vor unserer Partei, die darin zum Ausdruck kommt, an. Zu den Erklärungen eines bekannten führenden Sozialdemokraten über den Klassenkampf, daß es auch Klassenkampf ist, wenn Vertreter der Arbeiter und Unternehmer am Verhandlungstisch über die soziale Besserstellung der Arbeiter verhandeln, dazu müssen wir folgendes sagen: Der Klassenkampf ist keine Erfindung von Karl Marx und der Sozialdemokratischen Partei. Marx hat in seinen grundsätzlichen Erklärungen die bestehenden sozialen Gegensätze in der kapitalistischen Wirtschaft zwischen der besitzenden und der nichtbesitzenden Klasse und die sich daraus ergebenden Spannungen als Klassenkampf bezeichnet. Seine Schlußfolgerung war, *daß der Sozialismus diese sozialen Gegensätze beseitigen* muß und daß damit die Voraussetzungen für den Klassenkampf nicht mehr vorhanden sind. *Der Klassenkampf ist beendet, wenn alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten haben!* Der Marxismus ist für uns kein Katechismus, er ist uns Methode; ihm sind — besonders in der Analyse angewendet — mehr Kraft, mehr Erkenntnisse und mehr Waffen zu verdanken als jeder anderen wissenschaftlichen und soziologischen Methode in der Welt. Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes, nichts Ueberaltertes, was auch durch die Realitäten der Gegenwart bestätigt wird. Wir müssen immer und immer wieder herausstellen: wir wollen nicht den Klassenkampf. Dieser ist Tatsache, solange die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besteht. *Wir wollen die klassenlose Gesellschaft.*

In der Diskussion über den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses sprach der Abg. Richter (SPD).

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt folgenden Antrag: „Der Herr Ministerpräsident möge angesichts der Tatsache, daß das von dem Alliierten Kontrollrat als Gesetz Nr. 22 erlassene Betriebsrätegesetz für die Arbeitnehmervertretungen nur als ein Rahmengesetz betrachtet werden kann und nicht den deutschen Bedürfnissen entspricht, dafür besorgt

sein, daß durch Ausführungs- und Ergänzungsbestimmungen zu Gesetz Nr. 22 eine Regelung über die Arbeitnehmervertretungen erfolgt. Eine umgehende Regelung liegt im Interesse aller Beteiligten und ist notwendig zur Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Belange aller Arbeiter, Beamten, Angestellten und der Betriebsleitung. Die Regelung muß den geänderten Verhältnissen gerecht werden und eine würdige Fortentwicklung des früheren Betriebsrätegesetzes darstellen."

Meine Fraktion stellt weiterhin den Antrag: „Die Frage der Betreuung aller Erwerbsbeschränkten, früher Unfallversicherung, ganz gleich, ob es sich um Betriebsunfälle, Schäden aus der politischen Verfolgung, Kriegseinwirkungen aller Art oder andere Unfälle handelt, bedarf einer verständnisvollen und gerechten Regelung. Ohne Rücksicht auf die baldigst in Angriff zu nehmende definitive Lösung wird die Regierung ersucht, Schritte zu unternehmen, um zunächst prinzipiell festzulegen, daß die Betreuung der Vorgenannten nicht der öffentlichen Fürsorge obliegt, sondern im Rahmen der Neuordnung der Sozialversicherung durch eine Versorgung gewährleistet wird."

Meine Fraktion schlägt weiterhin vor, folgenden Antrag anzunehmen: „Die Landesregierung wird ersucht, bei der Militärregierung vorstellig zu werden und nachzuweisen, daß die öffentliche Gesundheit in hohem Maße gefährdet ist, z. B. auch dadurch, daß sogar Personen mit offener Tuberkulose wegen Raummangels nicht in Anstalten untergebracht werden können, und deshalb gleichzeitig bei der Militärregierung zu beantragen, daß auf die weitere Benutzung von Heil- und Pflegeanstalten für Wohnzwecke der Besatzungsarmee aus Gründen der öffentlichen Gesundheit verzichtet wird."

Die Verhältnisse, die durch die fünfzigprozentige Preiserhöhung der Arbeiterzeitkarten eingetreten sind, veranlassen die Fraktion der SPD, zu beantragen: „Bei den derzeitigen Lohn- und Preisverhältnissen ist die fünfzigprozentige Preiserhöhung der Arbeiterzeitkarten eine untragbare Belastung für die Betroffenen. Die Landesregierung wird deshalb ersucht, sich nunmehr schnellstens dafür einsetzen zu wollen, daß die Arbeiterzeitkarten wieder auf den vor der Preiserhöhung gültigen Tarif zurückgesetzt werden."

Die Sozialdemokratische Fraktion vertritt weiterhin die Auffassung, daß die Berufsschule besonders zu fördern ist und daß bei der Berufswahl den jugendlichen in jeder Weise die größtmögliche Unterstützung zuteil wird. *Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik ist, die durch den*

Zusammenbruch des Nationalsozialismus eingetretenen sozialen Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Abg. Drott (SPD): Die neue Demokratie in Deutschland hat die besondere Aufgabe, die Förderung der jungen Generation in größtmöglichstem Ausmaße vorzunehmen. Die Beschlagnahme des Jugendherbergsheimes in Darmstadt ist ein Beweis dafür, daß nicht überall die Wichtigkeit dieser Förderung eingesehen wird. Für den Bestand der neuen Demokratie ist es unerläßlich, daß den jungen Menschen, die durch den Nationalsozialismus enttäuscht worden sind, ein politischer und moralischer Rückhalt gegeben wird. Der sichtbare Zusammenbruch des Nationalsozialismus hat in der deutschen Jugend, wie überhaupt in sehr vielen Kreisen die Erkenntnis aufkommen lassen, daß der Weg des Nationalsozialismus falsch war und Deutschland in die größte Katastrophe gebracht hat. Diese Erkenntnis beeinflußt heute den Willen vieler Menschen, die im Sinne des Nationalsozialismus tätig gewesen sind. Man zieht die Konsequenz und sucht nach einem neuen Weg, man glaubt, daß es notwendig ist, das, was man falsch gemacht hat, richtig zu machen. Viele Menschen sind der Meinung, daß es noch Zeit ist, begangene Fehler gutzumachen. Wir fragen, welche Möglichkeiten gibt man diesen Menschen, den Weg in die Ideenwelt der neuen deutschen Demokratie zu ebnen? Wir wollen, daß man den Anfang macht; wir vertreten deshalb die Meinung: *Man muß alle jungen, von der Propaganda des Nationalsozialismus und Militarismusb verführten Menschen, soweit sie nicht Aktivisten waren oder kriminell belastet sind, als nicht schuldig erklären. Demzufolge treten wir für einen Generalpardon derjenigen jungen Menschen ein, die bei Beginn der Hitler-Diktatur das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Die Sozialdemokratische Partei wird allen jungen Menschen helfen, ihr eigenes Leben in einem neuen demokratischen Deutschland wieder aufzubauen und damit die Zukunft des deutschen Volkes mitzugestalten.* (Beifall.)

In der Diskussion über den Bericht des kulturpolitischen Ausschusses erklärte der Abg. Drott (SPD):

Die Vorlage des Kultusministers im Kulturpolitischen Ausschuß über den Entwurf für den Schulaufbau in Groß-Hessen geben mir Veranlassung, folgendes zu erklären:

Wir sind damit einverstanden, daß die Aussprache über den Antrag

der LDP über die „Christliche" Simultanschule zurückgestellt wird und daß die Formulierung, die der Kulturpolitische Ausschuß vorschlägt, angenommen werden soll. Die strittige Frage der christlichen Simultanschule soll in der Verfassunggebenden Landesversammlung behandelt und entschieden werden. In der Uebergangszeit schließen wir uns der Auffassung an, *daß die Schule die Aufgabe hat, die Schüler im Rahmen der Demokratie zu den Grundforderungen der Freiheit, der Friedensliebe, der sozialen Gerechtigkeit und Menschenwürde, zur Liebe zu Volk und Vaterland und zur Achtung vor allen Völkern und Rassen zu erziehen.* Sie soll dem Schüler die Grundlage zur Ausbildung der in ihm liegenden Kräfte und Fähigkeiten geben, ihm die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen und ihn für seine Mitarbeit im Berufsleben vorbereiten. Wir sind aber der Meinung, daß man hier in diesem Kreise einmal klar zum Ausdruck bringen muß, daß die Bezeichnung „Christliche Simultanschule" abwegig ist. Wir unterscheiden eine Konfessionsschule (Bekenntnisschule), die Simultanschule und die weltliche Schule. Durch die Behauptung der CDU, als sei sie die einzige christliche Partei, will die LDP durch den Zusatz „christlich" erweisen, daß auch sie eine christliche Partei sei. Wir müssen schon sagen, *daß der Charakter, wer christlich ist, nicht bestimmt wird durch Formulierungen und Bezeichnungen, sondern durch die Tat! Der Sozialismus ist in seinen ethischen Werten dem Christentum gleichzusetzen.* Man kann sogar sagen, daß der Sozialismus die Konsequenz wahren Christentums ist! Daß die CDU sich so besonders für die „Christliche Simultanschule" einsetzt, läßt den Verdacht aufkommen, daß man auf Umwegen über die christliche Simultanschule Konfessionsschulen errichten will.

Wenn für die Erziehung in der Simultanschule die ethischen und moralischen Werte der Bergpredigt und der Nächstenliebe als Grundlage bezeichnet werden, so können wir uns als Sozialdemokraten dieser Auffassung anschließen. Wir sind aber der Meinung, daß die gegenseitige Achtung und Toleranz für alle Teile der in der Erziehung tätigen Bevölkerungsschichten maßgebend sein muß. Wir haben bei der Erziehung der deutschen Jugend in den letzten zwölf Jahren unter dem Terror einer einzigen Partei und Gruppe gestanden, *und wir wünschen nicht, daß die Vorherrschaft der NSDAP auf diesem Gebiet nun durch die Vorherrschaft irgendeiner anderen Gruppe, sei es Kirche oder Partei, ersetzt wird. Die Befriedung im deutschen Volke muß durch eine überkonfessionelle Erziehung in den Schulen begonnen werden.* Sollte es zu einer konfessionellen Aufspaltung des deutschen Volkes kommen, dann müssen wir feststellen, daß dies im Widerspruch steht zu allen demokratischen Grundsätzen der Gegenwart. Die Simultanschule in ihrer Form, wie sie früher im Volksstaat Hessen bestanden hat, schafft die Voraussetzungen für die von mir vertretene Auffassung; ihr Wesen kann kurz folgendermaßen charakterisiert werden:

1. Die Schule wird vom Staate geleitet. Der Staat bestimmt den Lehrinhalt der weltlichen Fächer, uneingeschränkt durch die Kirche und die Weltanschauungsgemeinschaften; er ist Träger der Schulaufsicht.
2. Der weltliche Unterricht ist für alle Kinder gemeinsam; damit ist die Schule der erzieherische Ausdruck des Staates als einer paritätischen Gemeinschaft.
3. Der Religionsunterricht wird nach Konfessionen getrennt erteilt. Der Staat erteilt den Kirchen das Recht zur Festsetzung des Lehrinhaltes, Kirche und Staat sind also hier getrennt.
4. Die Lehrerstellen werden nach dem Bekenntnis der Kinder besetzt, und zwar entsprechend der zahlenmäßigen Stärke der den einzelnen Bekenntnissen und Weltanschauungen zugehörenden Schüler.
5. Kein Lehrer ist zur Erteilung des Religionsunterrichtes, kein Kind ist zur Teilnahme am Religionsunterricht verpflichtet.

Die Lehr- und Lehrmittelfreiheit muß vollkommen durchgeführt werden. In der Frage der Auslese vertreten wir die Meinung, daß der Prozentsatz von fünf Prozent viel zu gering ist. Man muß den Kreis der Auslese erweitern, um die Chance, ein höheres Studium zu betreiben, einem größeren Kreis von Schülern einzuräumen. Die Auslese darf auch nicht nur nach vier Jahren Schulzeit erfolgen; wir sind der Meinung, daß man auch nach sechs und acht Jahren den Schülern die Möglichkeit zu einem höheren Studium geben soll.

In der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 8. Mai wurde von mir angeregt, daß die vier Parteien eine Kundgebung beschließen sollen, die den Uebergriffen einzelner Geistlicher entgegenstehen soll. Tatsächlich haben sich Geistliche hinreißen lassen, die Kirchen und ihr [illegible] zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen. Ich schlage deshalb [illegible] Parteien vor, folgende Entschließung einstimmig anzunehmen:

a) Die Kirchen haben das Recht und die Pflicht, zu Fragen des öffentlichen Lebens vom ethischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen, ohne aber für oder gegen einzelne Parteien sich auszusprechen. Man kann in jeder Partei Christ sein.

b) Den einzelnen Geistlichen kann das Staatsbürgerrecht der parteipolitischen Betätigung nicht bestritten werden; es ist eine Taktfrage, wieweit sie darin gehen sollen, da im Volksbewußtsein der Geistliche als Staatsbürger und Amtsträger schwer auseinanderzuhalten ist.

c) Alle politischen Aeußerungen von Kirchen und Geistlichen sollten vom Geist strengster Wahrheitsliebe, Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit getragen sein, da andernfalls die Kirchen in die Formen des politischen Kampfes hineingezogen würden. Alle politischen Parteien haben den Willen, die Kirche nicht in einen politischen Kampf hineinzuziehen, der dem Ansehen der Kirchen schädigend wäre.

Wir Sozialdemokraten gewähren Toleranz. Wir müssen aber auch von all denen, die unsere Toleranz in Anspruch nehmen, verlangen, daß sie der Sozialdemokratie gegenüber tolerant sind. (Beifall der Sozialdemokraten.)